

Antrag Nr. 16-O-16-0001

SPD/FDP, CDU und GRÜNE

Betreff:

Neue Straßenreinigungssystematik

Antragstext:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und FDP:

Der Ortsbeirat fordert den Magistrat auf, der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich einen neuen Entwurf einer Straßenreinigungssatzung vorzulegen, in dem die in der zuletzt beschlossenen Fassung vorgenommenen und vorgesehenen Änderungen, die Klarenthal betreffen, zurückgenommen werden. Soweit erforderlich soll der Finanzbedarf von ELW durch eine Gebührenanpassung gedeckt werden.

Bei der Überarbeitung der Satzung sollen außerdem alle Straßen, die im Straßenverzeichnis der Satzung aufgenommen sind, daraufhin überprüft werden, ob sie überhaupt vom Satzungsrecht der Stadt nach § 10 HStrG erfasst sind (z. B. die Wilfried-Ries-Straße zwischen Lahnstraße und Fasanerie und die Lahnstraße zwischen Klarenthaler Straße und Alt-Klarenthal).

Darüber hinaus ist z. B. nicht nachvollziehbar, warum die Stichstraßen der Otto-Wels-Straße, der Carl-von-Ossietzky-Straße und der Anne-Frank-Straße von B nach A hochgestuft werden sollen, während die Theodor-Haubach-Straße (Kindertagesstätte) und die Ernst-von-Harnack-Straße (Carl-von-Ossietzky-Schule) von B nach C abgestuft worden sind.

Antrag der CDU-Fraktion:

Der Magistrat wird gebeten, aufgrund der spezifischen Anwohnerstruktur (zahlreiche voneinander unabhängige Einzelparteien, was eine Koordinierung der Reinigung erschwert) die Einstufung der Werner-Hilpert-Straße in die Reinigungskategorie C in Absprache mit den Anwohnern zu überdenken. Der Ortsbeirat steht bei Bedarf für die Durchführung einer Anwohnerbefragung bzw. zur Vermittlung eines Kontakts zur Verfügung.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Ortsbeirat zeigt sich enttäuscht und verärgert, dass trotz seiner Bedenken, Argumente und trotz seines ablehnenden Votums die neue Straßenreinigungssatzung zum 01.01.2016 beschlossen wurde und bittet den Magistrat darüber Auskunft zu geben, für welche Straßen im Ortsbezirk bereits Beschwerden von BürgerInnen vorliegen und zu erläutern, wie er damit umzugehen gedenkt.

Der Magistrat wird gebeten die neue Straßenreinigungssatzung auszusetzen und diese unter Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger so neu zu konzipieren, dass die Interessen und Voten der AnwohnerInnen einzelner Straßenzüge berücksichtigt werden.

Als erster Schritt wird der Magistrat gebeten umgehend eine Bürgerversammlung durchzuführen, bei der die Zuständigkeiten der AnwohnerInnen und die für 2017 angekündigten Kosten detailliert dargestellt werden.

Antrag Nr. 16-O-16-0001
SPD/FDP, CDU und GRÜNE

Wiesbaden, 16.02.2016